

Ausland-Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Protar**

Band (Jahr): **4 (1937-1938)**

Heft 10

PDF erstellt am: **09.08.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

gestorbenen Personen. Demgegenüber muss aber berücksichtigt werden, dass noch 1930, also zwei Jahre nach der Katastrophe, zirka 100 von den Gasgeschädigten entweder in Spitälern lagen oder sich in ärztlicher Behandlung befanden.

Es erscheint demnach nicht zutreffend, die Gefährlichkeit der Giftkampfstoffe einzig und allein an der Zahl der Todesopfer zu messen. Nicht allein die Giftigkeit eines Kampfstoffes

bedingt die Zahl der Opfer einer Vergasung, vielmehr spielen die örtlichen Verhältnisse, die Witterungsbedingungen, ferner das Verhalten der betroffenen Personen, ihre körperliche Widerstandsfähigkeit, ihre Geistesgegenwart, ihre Vertrautheit mit den Gefahren (Aufklärung der Bevölkerung, Gasschutz) und nicht zuletzt ihr Ernährungszustand oft eine ausschlaggebende Rolle.

Ausland-Rundschau

Frankreich.

Luftschutz der Kunst. — Eine internationale Konferenz in Paris hatte den Schutz von international bedeutsamen Kunstschatzen gegen Luftangriffe zum Gegenstand. Das Ziel dieser Besprechungen war, bezüglich des Schutzes der Kunstschatze zu einer dem Roten Kreuz entsprechenden internationalen Konvention zu gelangen. Das französische Innenministerium ernannte einen Ausschuss, dem massgebende Vertreter der Regierung, der Künste und Wissenschaften angehören. Die Aufgabe des Ausschusses soll die Ausarbeitung eines umfassenden Luftschutzplanes für die französischen Kunstwerke sein. Es soll zunächst ein Generalplan der zu schützenden Kunstwerke aufgestellt werden. Ausserdem soll der Ausschuss Zentralsammelstellen für Kunstwerke bestimmen, zu denen im Kriegsfall die wichtigsten und wertvollsten Kunstschätze transportiert werden sollen.

Von Frankreichs Luftschutzindustrie. In Frankreich ist ein neues Gesetz zu erwarten, das die Erzeugung von 10 Millionen Gasmasken zur Verteilung an die Zivilbevölkerung vorsieht.

Dabei ist nicht — wie in Grossbritannien — an eine zentrale Lagerung gedacht; vielmehr soll die Maske in den Haushaltungen aufbewahrt werden, die dafür eine jährliche Gebühr zahlen sollen. Bei der Kontrolle durch Inspektoren soll die Jahresgebühr einkassiert werden. Unbemittelte werden kostenlos beliefert. — Den Anfang sollen besonders luftgefährdete Städte machen.

Ausbau des französischen Luftschutzes. Zum Ausbau der französischen Luftschutzorganisation wurden aus staatlichen Mitteln 200 Millionen Francs für Gasmasken und 235 Millionen für die Erstellung von Schutzräumen zur Verfügung gestellt.

Die französische Hauptstadt besitzt heute neben einigen grössern und besonders gut ausgebauten Luftschutzräumen etwa 30'000 Luftschutzkeller.

(«Der Luftschutz», Nr. 5, 1938.)

Tschechoslowakei.

Ende vorigen Jahres ordnete der Erzbischof von Olmütz, Dr. Pretschan, an, dass sich sämtliche katholischen Geistlichen der Erzdiözese Olmütz einer Ausbildung im Luftschutz unterziehen müssen. Die Geistlichen sollen im Ernstfall befähigt sein, als aktive Helfer im zivilen Luftschutzdienst eingesetzt zu werden. Auch ist zu bemerken, dass der Erzbischof selbst

das Protektorat über die Luftschutzschule in Lutín übernommen hat. Abt Dr. Zavral begründete diese Massnahme in einer Rundfunkrede.

Nach neueren Meldungen hat die Regierung einen Gesetzesentwurf ausgearbeitet, der die Ausrüstung der Zivilbevölkerung mit Gasmasken zum Gegenstand hat. Der Geltungsbereich soll sich jedoch vorerst nur auf Städte mit mehr als 10'000 Einwohnern erstrecken, in denen sich grundsätzlich jeder Einwohner eine Gasmaske zum Preise von 150 Tschechenkronen anzuschaffen hat; für Minderbemittelte stehen Staatsmittel zur Unterstützung zur Verfügung. Welches Modell staatlicherseits als Volksmaske in Aussicht genommen ist, ist zurzeit noch nicht abgeklärt, jedoch ist zu bemerken, dass tschechische Erzeugnisse in zunehmendem Masse auf den Auslandsmärkten vertrieben werden, wo sie zum Teil — so z. B. in der Schweiz — sogar die vorgeschriebenen Vertriebsgenehmigungen erhalten haben.

Bei verschiedenen militärischen Uebungen der letzten Zeit gelangte ein neues Nebelabblasgerät zum Einsatz, über das nähere Beschreibungen aber noch fehlen. Möglicherweise handelt es sich um den Nebelkraftwagen, mit dem auch der zivile Luftschutz bereits ausgerüstet ist. Weiterhin wurden Pferdegasmasken bemerkt, die aus imprägniertem Gewebe bestehen und den ganzen Kopf umschliessen. Sie sollen jedoch einen so hohen Atemwiderstand aufweisen, dass schnellere Gangarten als Schritt bei angelegtem Gasschutz nicht möglich sind.

(«Gasschutz und Luftschutz», Nr. 3, 1938.)

Sowjetrussland.

Nach einer Moskauer Meldung des «Daily Express», die übrigens von schwedischen Quellen bestätigt wurde, tagte am 16. Januar im Kreml unter persönlichem Vorsitz Stalins der Verteidigungsrat. In mehr als dreieinhalbstündiger Sitzung wurden u. a. folgende Beschlüsse zur Verstärkung der Kriegsbereitschaft der Sowjetunion gefasst:

Für die Bevölkerung der Grenzgebiete sollen zunächst weitere 25 Millionen Gasmasken zur Verfügung gestellt werden. In diesen Gebieten wird der Luftschutz allgem. in höchstem Ausmasse verstärkt; insbesondere sollen in allen Städten gewaltige Schutzraumanlagen entstehen, die je Anlage ein Fassungsvermögen von 1000 Personen aufweisen.

(«Gasschutz und Luftschutz», Nr. 3, 1938.)